

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoladen- u. Kaffeeindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Infektionspreis pro dreispaltige Zeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Rückblick auf das Jahr 1913.

Der Volksmund hat dem nunmehr abgelaufenen Jahr vor seinem Beginn ein böses Omen vorausgesagt. Der Verlauf des Jahres hat die aufgestellten Prophezeien zum Teil gerechtfertigt; wenn auch nach einer andern Ableitung, als angenommen worden ist. Allgemein war die Meinung herrschend, daß wir einem Weltkrieg entgegengehen. Von dieser Geißel sind wir glücklich verschont geblieben; dafür wurde das Proletariat von einem andern Schreden heimgesucht. Die Arbeitslosigkeit mehrete sich in ihrem Gefolge kamen Hunger und Elend, Sorge und Not.

Die wirtschaftliche Depression war eine der charakteristischsten Momente des Jahres 1913. Der Rückgang auf dem Wirtschaftsmarkt und auch andere unliebsame Erscheinungen, die in folgendem kurz gestreift werden sollen, können in keiner Hinsicht Befriedigung auslösen.

Von den verschiedenen Gewerbegruppen hatte wohl das Baugewerbe am härtesten zu leiden. Die Bautätigkeit war schon im Jahre 1912 unter dem Druck einer Krise, im jetzt verlaufenen Jahre verschärfte sich die Lage noch beträchtlich und man schreit im Baugewerbe einer Katastrophe entgegenzuweilen. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in dem Mangel an Geld — Baugeld und Hypothekengelder waren teils nur mit enormen Prozentsätzen, teils überhaupt nicht aufzutreiben; das sonst rollende Geld blieb in den Gewölben der Banken und in den Taschen der Kapitalisten. Tausende von Millionen lagen nutzlos in Industrie und Handel fest und konnten nicht zirkulieren in Erscheinung treten. Die Lage im Baugewerbe beeinflusste natürlich eine Reihe mit ihm zusammenhängender Industrien; außerdem hatte aber auch die herrschende Teuerung Einfluss auf eine Reihe von Gewerben und Berufen. Der Andrang Arbeitsuchender bei den Arbeitsnachweisern war das ganze Jahr hindurch außerordentlich groß. Bei den Arbeitsnachweisern, die an das Reichsarbeitsblatt berichten, kamen auf je 100 offene Stellen:

Monat	Männliche Arbeitsuchende			Weibliche Arbeitsuchende		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Januar	196	192	191	90	100	98
Februar	210	178	190	81	88	91
März	167	145	168	74	84	87
April	143	150	160	74	92	96
Mai	144	153	166	81	97	100
Juni	146	146	168	85	101	101
Juli	141	140	174	89	97	103
August	142	146	173	90	92	101
September	133	141	160	82	92	94
Oktober	182	148	178	114	106	112
November	182	178	219	133	124	138
Dezember	188	175	—	112	106	—

Auf dem männlichen Arbeitsmarkt war gegenüber dem Vorjahre die Zahl der Arbeitsuchenden in jedem Monat erheblich größer; das zeigt sich besonders in den Monaten Juni bis November. Der Andrang weiblicher Arbeitsuchender war gleichfalls sehr stark. Die Zahl der Arbeitslosen war zeitweise trotz günstigen Geschäftsganges verhältnismäßig hoch. Zur Verhütung dieses schmerzhaften und wichtigen Faktors muß im Auge behalten werden, daß das Angebot von Arbeitskräften eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Dieran trägt der automatisch betriebene Anstrom ausländischer Arbeitskräfte ein gut Teil Schuld. Davon sind allein im Jahre 1911/1912 rund 700 000 ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland. Ein großer Teil dieser Arbeiter geht zwar im Winter in die Heimat, ein anderer beträchtlicher Teil bleibt aber hier und trägt zur Hebung des deutschen Arbeitsmarktes bei. Dieses Moment ist darum besonders beachtenswert.

Zum Neuen Jahre.

**Aus Eisristfallen wachsen Rosenbänder
Und junge Hoffnung schlingt den Kranz ins Haar —
Ein Jahr verflank — es stieg ein neues Jahr
Aus Frost und Dunkel über alle Länder!**

**Nichts Müdes gilt nur, da die Frühjahrsboten
Der Neujahressting schab aus der Dunkelheit!
Nun schafft auch Ihre weile Kraft am Bau der Zeit,
Die Euch der Alltag prangt ins Juch dem Narkent!**

**Wollt muck — Die Stunde kommt, die Euch erfüllt
Das Sehnen, das Euch heilt aus Qual und Schmerzert!
Ihr heil erstreift der Freiheit hehres Bild!**

**Und laßt Euch an mit Augen mild und klar!
Macht stark, unbegbar Willen uns und freier,
Auf daß wir siegreich sind, du Neues Jahret!**

weil es sich meist um kulturell niedrig stehende Arbeiter handelt, die bei ihrer Bedürfnislosigkeit den deutschen Arbeitern oft empfindliche Konkurrenz bereiten und deren Kulturniveau herabdrücken.

In der ungünstigen Lage des männlichen Arbeitsmarktes hat die große Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften beigetragen. Diese ist auch ein Symptom des schlechten Geschäftsganges. Die weibliche Arbeitskraft ist billiger und williger und kann daher vom Unternehmer leichter gemißbraucht werden.

Auch die Aufzeichnungen der Gewerkschaften weisen ein Steigen der Arbeitslosigkeit auf. Von je 100 Mitglieder der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Verbände waren arbeitslos im:

Monat	1912	1913	Durchschnitt 1907/1912
Januar	29	32	28
Februar	26	29	26
März	16	23	20
April	17	23	20
Mai	19	25	20
Juni	17	27	20
Juli	18	29	20
August	17	28	19
September	15	27	18
Oktober	17	28	18

Von Ende Oktober bis Ende November trat in diesem Jahr eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer von 27 auf 300 vSt. ein. Im vorigen Jahr stieg die Verhältniszahl nur von 17 auf 18 vSt. Abgesehen von der wesentlich höheren Verhältniszahl war auch die absolute Zahl der Arbeitslosen der Verbände beträchtlich höher. 16 größere Verbände zum Beispiel hatten Ende November 51 308 Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit war gegenüber dem Vorjahre durchweg höher, dasselbe gilt für die Vergleichsziffern der Periode 1907/1912. Das ist aus dem Grunde bemerkenswert, weil diese Periode auch eine Wirtschaftskrise einschließt. Die rückläufige Bewegung des Beschäftigungsgrades kann auch schon den Einwirkungen aus dem Güterverlebe der Staatsökonomie entnommen werden, obgleich die Einnahmen aus dem Gütertransport einen Rückschlag nicht sogleich zum Ausdruck bringen. In den elf Monaten Januar bis November 1912 wurden im Güterverlebe der deutschen Säcken ohne Posten 12700 Millionen Mark mehr vertrieben als in der gleichen Periode des Jahres 1911. Im abgelaufenen Jahre betrug das Mehr nur 785 Mil-

ionen Mark, also 47,8 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Der Monat November brachte gegenüber dem Vorjahre einen Ausfall von 208 Millionen Mark; im Dezember ist aller Voraussicht nach ein weiterer Rückgang der Einnahme zu verzeichnen. Sei dem Minus ist allerdings zu beachten, daß 1912 ein gutes Jahr war. Auf der andern Seite muß aber die gute Ernte, die Zunahme der Bevölkerung und ihr kultureller Aufstieg in Berücksichtigung gezogen werden. Diese Momente vermehren im allgemeinen den Austausch und den Transport von Gütern.

Die enorme Lebensmittelvermehrung, die in den letzten Jahren eingetreten ist, wurde zum Teil mit dem schlechten Ausfall der Ernte herantreibt. Das Jahr 1913 hat eine Reforderung gebracht, an der allgemeinen Teuerung hat sich aber wenig geändert. Eine so reiche Ernte wie im abgelaufenen Jahr war der Landwirtschaft schon lange nicht mehr beschieden. Die gesamte Selbsternte belief sich auf 4,65 Millionen Tonnen; eine solche Zahl war in den letzten zehn Jahren nicht zu verzeichnen. Abschließend liegt das Verhältnis bei der Selbsternte und der Zufuhr. Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Steigerung des verhältnismäßigen Ertrags. Auf das Getreide befragt die Erntemenge in Tonnen:

	1911	1912	1913
Winterweizen	2,08	2,26	2,36
Sommerweizen	1,91	2,31	2,39
Winterroggen	1,78	1,86	1,92
Sommerroggen	1,16	1,24	1,34

Das sind ganz beträchtliche Steigerungen. Die zu den besten Hoffnungen auf eine Verbilligung dieses wichtigen Lebensmittelbereichs herabdrücken. Insbesondere günstig war auch das Ergebnis der Ernte der wichtigsten Getreidefrüchte und Futtermittel. Die Kartoffelernte zum Beispiel betrug 5412 Millionen Tonnen gegen 50,21 Millionen Tonnen im Jahre 1912 und 54,37 Millionen Tonnen im Jahre 1911. Die Erkrankungen der Kartoffeln hielten sich trotz der nahen Witterung in ziemlich normalen Grenzen. Die Kleeernte betrug 11,18 Millionen Tonnen gegen 7,96 Millionen Tonnen im Vorjahre; die Ernte von Viehfutten (Sensilage) betrug 2,74 Millionen Tonnen (Vorjahr 2,54 Millionen Tonnen) und die Ernte von Viehfutten von andern als Sensilageerzeugnissen stellte sich auf 26,44 Millionen Tonnen (Vorjahr 25,14 Millionen Tonnen).

Dieser reiche Segen hatte aber keinen merklichen Einfluss auf die Preise der Lebensmittel. Im Großhandel sind die Preise für Getreide und Kartoffeln im Herbst dieses Jahres zwar gesunken; der Kleinhandel hat den Preisrückgang jedoch nicht mitgemacht.

Nach den monatlichen Nachweisen über Lebensmittelpreise des wirtschaftsstatistischen Bureau von Richard Galtner betrug für die ersten zehn Monate des Jahres 1913 der Reichsdurchschnittsindex 4 35,72 (Kosten der Lebenshaltung einer fünfstufigen Familie) gegen 4 25,75 im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 4 24,09 im Jahresabschnitt Januar bis Oktober 1911. Das geringe Minus von 4 0,08 im Zeitraum von zehn Monaten spielt absolut keine Rolle; die Steigerung der Lebenshaltung bleibt gleich bestehen.

Entsprechend den deutschen Erntegergebnissen die dazu noch mit einer guten Kleeernte zusammenfallen, mußte der Rückgang im Preise der Lebensmittel erheblich höher sein. Die Wirkung der Kleeernte wird aber durch die Zollmauern abgehemmt, und die günstigen Getreideresultate im Ausland können infolge des hohen Stapelvermögens den heimischen Konsumenten nur wenig zugute kommen. Je größer die Ernte ist und je billiger die Preise sein müßten, um so mehr besteht der Anreiz und die Möglichkeit für den deutschen Produzenten, die Ausfuhr zu

haben eben erfahren, daß der Besitz nicht nur größere Macht, sondern auch größeres Recht verleiht, und daß deshalb eine Besitzveränderung notwendig sein muß, wenn eine Veränderung erfolgen soll.

Was nun?

Nach einem Tage einmütiger Willensfindung im Reichstag, nach einem Tage, an dem die Abgeordneten fast aller Parteien durch ihren Protest gegen die Sähebilddatur im Parlament glauben machten, daß sie in engster Fühlung mit dem weitaus größten Teil des Volkes stehen, folgte der Tag, an dem die Regierung und ein Teil der „Volksvertreter“ ihre willige Verständnislosigkeit gegenüber den dringendsten sozialpolitischen Forderungen bekundeten.

Nach in Dänemark, England, Belgien, Norwegen und zum Teil auch in Frankreich und Luxemburg möglich ist, sollte in Deutschland nicht möglich sein? Der 5. Dezember 1913 war ein schwarzer Tag der Sozialpolitik.

Man braucht nicht einmal Bismarck als Kronzeugen dafür anzuführen, daß der Staat für die Ernährung und Versorgung derjenigen Bürger zu sorgen hat, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können, sondern es ergibt sich dies aus jeder unbefangenen Beobachtung unseres Staats- und Wirtschaftslebens von selber.

Produktionseinschränkungen entlassen werden. Die notwendigen Ausgaben für Lebensmittel können von dieser Unterstützung befreit werden, so daß in der Konsumtionsmittelindustrie Produktionseinschränkungen wohl nur in geringem Maße stattfinden.

Nun glaubt man ja die Initiative der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge damit erklären zu können, daß durch die Anwendung der reichsgesetzlichen Regelung im Anschluß an die Gewerkschaften ein gewisser Koalitionsschwang auf die Unorganisierten ausgeübt wird.

Table with 2 columns: Location (Berlin-Schöneberg, Sparen, etc.) and Amount (M. 13 918,25, etc.)

Mannheim (Zuschüsse an Verbände), nach dem Zusammenbruch des vorher geschilderten Systems neu bewilligt 1913 M. 25 000, —

Unterstützungen gewähren noch Mainz, München, Passau und Cuxen. Neben einer ganzen Reihe von Städten, die die Einführung einer Arbeitslosenversicherung abgelehnt haben, sind in einigen Städten Kommissionen damit beschäftigt, zu untersuchen, ob eine derartige Versicherung für die betreffende Stadt zweckmäßig und welches System besonders geeignet ist.

Haben sich die christlichen Gewerkschaftsführer dem Willen Roms unterworfen?

Am 19. Dezember 1913 begann unter starkem Andrang vor dem Kölner Schöffengericht ein großer Prozeß über die Gewerkschafts-Engpässe. Angeklagt waren nebst dem Herausgeber der evangelischen Zeitschrift „Wartburg“ eine Anzahl Redakteure der sozialdemokratischen Tages- und der freien Gewerkschaftsblätter.

Die Christlichen besitzten selbstverständlich, jenseits des ihnen zum Vorwurf gemachte Doppelspiels gerieten zu haben. Es könne auch davon keine Rede sein, daß sie sich dem Papst unterworfen hätten; solche Umwandlungen seien weder mündlich, noch schriftlich getroffen.

Nach dreitägiger Dauer ging der Prozeß am 22. Dezember zu Ende. Rechtsanwält. Seine Berlin, als Vertreter der Beklagten, hielt ein glänzendes Plädoyer, in dem er den christlichen Gewerkschaftsführern ausschließlich antrug und die zweifelhafte Stellung der christlichen Führer in der Engpässe-Angelegenheit scharfgesprochen brandmarkte.

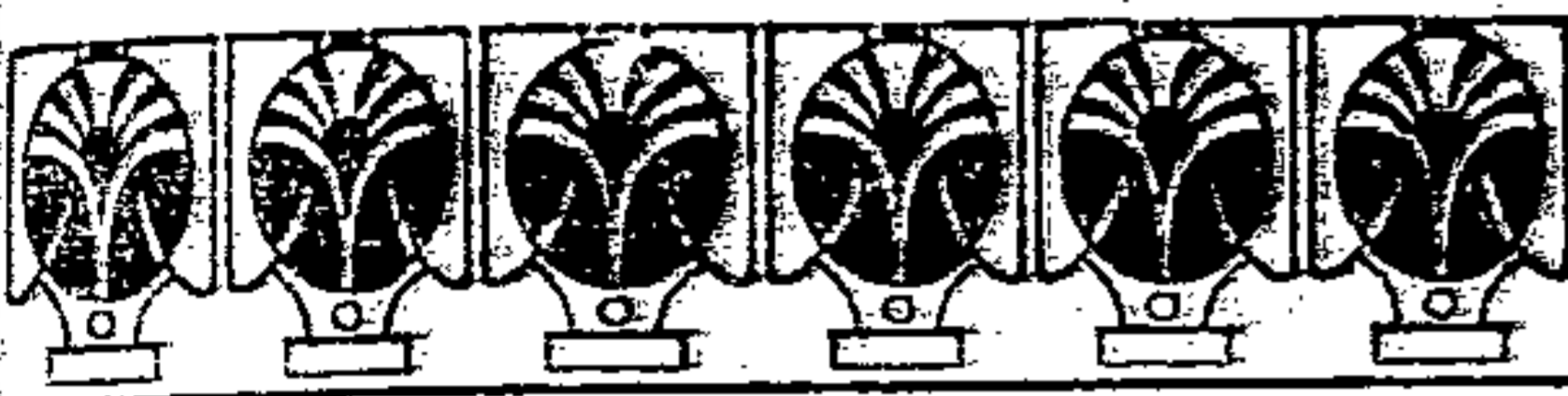
Geliebte! Wer Euch plaget und schmerzt, Und nur das Lächeln in Euch findet, Den müßt Ihr auf das Maul ein schlagen.

Das Euch niemand als eigen wehrt, Wo Euren Frei-Tag Ihr könnt verleben, Ist wie es andern Menschen gegeben.

Nach unwesentlichen Repliken des Herrn Siegemund und seines Vertreters zog sich schließlich das Gericht zur Beratung zurück. Nach zweieinhalbstündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Privatkläger führen sich durch den Vorwurf ein Doppelspiel, oder ein abgekartetes Spiel getrieben zu haben, mit Recht beladigt.

Wenn sie zu deren Zweck den Boykott androhen, dann sie unbeeinträchtigt verhängen können. Die Revision des Angeklagten wurde verworfen. (Mittwoch 2 D. 1914) - Vergleich: „Juristische Wochenschrift“ Nr. 19, Seite 174 ff.)

Das Reichsgericht stellt sich also auf den Standpunkt, daß der Boykott ein erlaubtes Mittel im Kampfe gegen die Parteien ist - in diesem Sinne hat es sich ja schon früher ausgesprochen - und daß die ausdrückliche Ankündigung eines Kaufmittels gleichfalls nicht bestraft werden kann. Straffrei ist auch der Boykott gegen die Abnehmer eines Großfabrikanten, der letzterer sonst überhaupt nicht als durch Boykott zu fassen wäre. Aber dem Abnehmer soll merkwürdigerweise vorher nicht angedroht werden dürfen, daß ihm die Gefahr des Boykotts in Aussicht steht. Wir bezweifeln recht sehr, ob man mit einer solchen Rechtsprechung den Interessen der Händler dient. Denn die vorübergehende Anknüpfung eines Boykotts, die „Drohung“, sie selbst gibt doch dem Händler die Möglichkeit, sich vor Schäden zu bewahren! Es kann ja nicht geleugnet werden, daß ein Boykott eines Zwischenhändler ganz besonders leicht trifft, weil er es nicht direkt verschuldet hat, daß er nicht nachgeben soll. Dieser Schädigung kann er aber nicht nachgehen, kann sie wenigstens abschwächen, wenn er seine Ware aus anderer Quelle bezieht, weil eben die boykottierende Partei so vernünftig ist und ihn durch eine „Drohung“ warnt. Das Reichsgericht verlangt dagegen „von Rechts wegen“, daß ein Boykott wie der Blick aus höherem Himmel auf den Händler einschlägt, ihr also immer allen Umständen schwerer trifft, als wenn er sich gegen sich selbst gegen seinen Lieferanten sichern kann.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Halle a. d. S. wurde Antrag Staab (Buch-Nr. 12 279) aus dem Verbandsausgeschloffen, weil er seine Mitarbeiter dem Arbeitgeber denunziert hat.

Der Verbandsvorstand.
F. U. O. Wilmann, Vorsitzender.



Korrespondenzen.

Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeiner Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmter Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenampel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Generalversammlung.

Halberstadt. Die Generalversammlung fand am 14. Dezember im Gewerkschaftshaus statt. Anwesend war der Bezirksleiter Kollege Rade. Derselbe referierte über: „Die wirtschaftliche Krise, ihre Ursache und Bekämpfung.“ Er führte er den Anwesenden vor Augen, daß es nur der Sozialismus und die massiven Einrichtungen es sind, durch welche die heutige große Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird. Er verwies auf die Einrichtungen der einzelnen Gewerkschaften mit der Einführung der Arbeitslosen-Kasse und Umzugsunterstützung. Es sei den Versammelten gelungen, gewaltige Summen in den letzten Jahren dafür aufzubringen. Von anderer Seite hätten die Arbeiter in dieser Hinsicht doch nichts zu erwarten. Zur Diskussion traten sich die Kollegen Grün und Hoffmann. Bei der Wahl des örtlichen Vorstandes wurden gewählt die Kollegen Schönemann, Vorsitzender; Groll, Kassierer; Kuhn, Schriftführer; als Revisoren Löbe und Gildenberg; zu Kartelldelegierten Schönemann und Gildenberg. Um 2 Uhr schloß Kollege Schönemann die Versammlung.

Bäcker.

Reureuth. Am 18. Dezember fand eine Mitglieder-Versammlung statt, welche bedauerlicherweise sehr schlecht besucht war. In derselben wurde der Vorschlag des Ausschusses, am 1. Januar 1914 eine Christbaumfeier zu veranstalten, angenommen. Als Lokal wurde Reureuth, Saal Nr. 1, bestimmt. Anfang 3 Uhr nachmittags wurde das Verhalten einzelner Bäckermeister einer Kritik unterzogen, weil sie sich bei dem Inkrafttreten der neuen Tarifbestimmungen, zu welcher wegen erheblicher Vermehrungen auch höhere Beiträge gezahlt werden müßten, schädlich zu halten suchten. Sie wollten nicht mehr, als bisher, den Beitrag für ihre Weibchen ganz bezahlen, sondern die gesetzlich zulässigen zwei Drittel vom Lohn in Abzug bringen, obwohl der Lohn seit den letzten sechs bis acht Jahren der gleiche ist. In die Kollegen wurde der Appell erhoben, diese Sorge zu tragen, daß auch die letzten Mitglieder immer mit verschiedenen Anreden zur Teilnahme an der Organisation gebracht werden, damit endlich etwas gewonnen werden kann. Verbesserungen zu schaffen. Der Vorsitzende hat Reureuth höchste Zeit an. Am Sonntag, den 20. Dezember 1914, findet die Generalversammlung statt. Die Zahlstellenampel erachtet die Mahnung, daran zu forschen. Die Zahlstellenampel hat auf dem letzten Mann bestanden. Der Antrag muß sein: Vorwärts immer, rückwärts niemals!

Jena. Ueber die Lockmittel, die von den Bäckermeistern bei der Jagd nach Lehrlingen angewandt werden, konnte das Verbandsorgan schon oftmals berichten. Der Bäckermeister Karl Regensburger scheint aber seinen Kollegen doch um einige Waisenlängen an Schlantheit voraus zu sein. In der „Jenaischen Zeitung“ veröffentlicht er folgendes Inzerat:

Eine Weihnachtsfreude der Eltern ist die gute Lehrstelle des Sohnes; ein schönes, erfolgreiches und immer besser werdendes „Handwerk ist das der Bäcker“. Dazu ist Ostern Gelegenheit bei Karl Regensburger, Bäckermeister, Jena.

Wenn das nicht zieht, dann wird N. niemals mehr in die Lage kommen, seine Meisterfähigkeiten der Lehrlingsausbildung widmen zu können. Wir freuen uns, von einem Bäckermeister zu hören, daß das Handwerk der Bäcker ein schönes, erfolgreiches und immer besser werdendes ist. Bei der letzten Lohnbewegung konnte man das Lied in anderer Tonart hören. Damals weiterten sich die Unternehmer unsere berechtigten Forderungen nicht zugeben, und sie begründeten ihre Stellungnahme damit, daß bei Anerkennung der Gesellenforderungen das Bäcker-gewerbe vollständig ruiniert würde. Endlich hören wir das Geständnis eines Innungsmeisters, daß das Bäcker-handwerk immer besser wird. Leider wollen die Gesellen diesen für sie günstigen Stimmungsumschwung nicht einsehen. Der Vergnügungsverein „Germania“ ließ sich von der Innung mit N 15 beschenken, mit dem ausdrücklichen Wunsch, den Verband am Orte auszurufen. Und die

Das alte Jahr ist mit einer gewissenhaften Kontrolle der Mitgliedsbücher durch die Unterkassierer und Vertrauensleute zu beschließen. Restanten sind nochmals an ihre Pflicht zu mahnen; denn das Mitgliedsbuch soll geordnet in das neue Jahr übernommen werden.

Germanien-Liedern hatten nicht einmal soviel Schamgefühl, diesen Judaslohn mit Entrüstung zurückzuweisen. Bei der Jagd nach Lehrlingen werden sicher die Unternehmer weniger Glück haben, als mit der Erhaltung der Knackfestigkeit bei den Gesellen.

Karlruhe. (Einem schönen Erfolg.) Bei der Ausschussswahl zur Krankenkasse der Bäcker am 16. Dezember erlebte der Stadteldehn der meistertreuen Verschieden einen erhablichen Mißerfolg. Die Liste der Gegner war aus nicht weniger als sieben Vereinen zusammengesetzt, nämlich: der Fußballklub, Verein örtlicher junger Männer, gelber Bäckerbund, „Germania“, Katholischer Gesellenverein, Bäckergehilfenverein, Bäckerklub „Einigkeit“ und Bäckerklub „Probitum“. Dieser meistertreue Mißerfolg erhielt 12 Stimmen; auf unsere Liste dagegen wurden 70 Stimmen abgegeben. Wir erhielten zwölf Vertreter und die Gegner acht. Mit diesem Erfolg sind wir in Anbetracht der bisherigen Verhältnisse, die ein feines die Unmöglichkeit der Kollegen in dem Verleihen der vielen Vereine zum Ausdruck bringen, sehr zufrieden. Die Wahl hat aber auch nach anderer Richtung gezeigt, daß die radikalen Annahmen der drei letzten Vereine, wie sie bei dem Streik 1910 durch das gemeinsame Vorgehen mit unserem Verbands in die Erscheinung traten, längst verfallen sind. Damals konnten die Vereinsmitglieder nicht genug über die Weibchen losziehen. Nun die Einigung. Unserer Organisation wird der meistertreue Drei-seinern Abschied tun. Trotzdem ja keine Ursache besteht, werden unsere Vertreter in der Krankenkasse auch die Interessen der Gegner vertreten und für das Wohl der Allgemeinheit sorgen. Jedoch in anderer Beziehung, durch die Heranziehung der Vereine in das gelbe Schlepptau, erwacht der Kostengedanke großer Schaden. Sie werden unter solchen Umständen niemals in der Lage sein, ihre Wäpne zu verbessern und sonstige Mißstände, die hier in vielen Betrieben noch vorhanden sind, beseitigen zu können.

München. (Im Zeichen des Kleinkrieges.) Zur Gehaltung der beim Streik abgeschlossenen Tarife führt unsere Zahlstelle seit Oktober einen unaufhörlichen Kleinkrieg. Obwohl von seiten einzelner Bezirksführer der Innung alle Register gezogen werden, damit die Meister, die bewilligt haben, wieder vertragsbrüchig werden sollen, erziehen wir Woche für Woche neue Erfolge, besonders in den Arbeiter-vereinen. Diese Erfolge liegen nun die Schachmacher vom Arbeitgeberverband nicht ruhen, so daß man eifrig eine Versammlung der (abgefallenen) Sozialfortschrittlichen einberief. Dort versprach man ihnen die bisher entzogene Hilfe, Unterstützung und Rat, wenn sie den Tarif brechen. Ob das auch etwas nützen wird, ist eine andere Frage. Denn das Mandat der Schachmacher ist zu durchsichtig. Die Innungs-Schachmacher möchten nämlich zu gerne sehen, daß gegen die Meister, die bewilligt haben, ein scharfer Boykottkampf einsetzen sollte. Dabei möchte man sich aber die Kunden davon gesagt werden lassen, um sie ihren früheren Lieferanten wieder zuzuführen, damit die Kunden des Streiks geheilt werden könnten. Was für Wunden zu greifen ist, erkennt auch ein großer Teil der Meister ohne weiteres an, und sie verstehen sich wieder dazu, den Tarif einzuhalten. In den Stadtteilen Thalkirchen, Sendling, Ober- und Nutenzgering, Gaidacker und Wacker-Tal ist der Rubeltag durchgehend wieder eingeführt. Es ist Aussicht vorhanden, daß in allen beim Streik bewilligten Betrieben die Tarifbestimmungen alsbald wieder strikte eingehalten werden.

Während nun unsere Organisation sich bemüht ist, daß nur durch harten Kampf der Rubeltag durchgeführt werden

kann, haben sich die Christlichen in dem Schmolliwinkel zurückgezogen. Sie sinnen darüber nach, wie die Krankheit, genannt Mitglieder-schwund, geheilt werden kann.

In klarer Weise zeigt sich jetzt ihre Unfähigkeit, ihren Mitgliedern aus eigener Kraft auch nur die geringste Verbesserung zu erkämpfen. Es dokumentiert sich ferner die Tatsache, daß unser Verband auch für die christlichen Organisierten den Rubeltag verteidigen und zurückerobern muß. Sie selbst sind nicht imstande, haben auch den Versuch noch gar nicht unternommen, einen einzigen Meister zur Einhaltung des Tarifs zu bewegen. Oder tun sie deshalb nichts, um ihr sehr gesunkenes Ansehen, wo sie als Klausurkämpfer früher bei den Meistern hoch angeschrieben waren, wieder zu reparieren? Auf alle Fälle ist es kein Kampfesmut, sich nach einem Kampfe ins Maulloch zu verziehen und dort in Demut zu verharren, bis es die Bäckermeister, Sönner und Förderer den Christen wieder erlauben, hervortreten zu dürfen.

Es ist das eine Taktik, die zu ihren sonstigen gegenläufigen Unfähigkeiten gut paßt. Und solche halbrote Jammergestalten reizen ihren Mund recht weit auf, wenn unsere tatsächlichen Maßnahmen ihnen nicht in den Kram passen. Gegen solche Minderer ist es geradezu heroisch zu nennen und hoch erfreulich, wenn von seiten unserer Verbandsmitglieder immer wieder die Anfrage kommt: Wann kommt ihr denn in unsern Bezirk, um die Zurückzieher an ihre Pflicht zu erinnern? Infolge dieser kampfescheuernden Stimmung unserer Mitglieder können wir mit froher Zuversicht der kommenden Zeit entgegensehen, in der es nur die eine Lösung geben kann: einen Tarif auf der ganzen Linie wieder zu erobern!

Fabrikbranche.

Vörrach. Bei der Wahl des Ausschusses zur Betriebskrankenkasse der Firma Hb. Eubach gab es merkwürdig viel Aufregung im Betriebe. Warum wohl? Hat es irgendwo beschimpft, daß die freiorganisierten Kollegen und Kolleginnen sich so entschieden um die Wahrung ihrer Interessen kümmern und eine eigene Liste zur Wahl aufstellen? Freilich, die gute alte Zeit, wo man die Vertreter zur Generalversammlung ernannte oder sie sich selbst wählten, ist für immer dahin. Die Arbeiterschaft im Betriebe mußte im Laufe der Jahre die Erfahrung machen, daß jeht wenig zu ihrem Vorteil von der bisherigen Vertretung getan wurde. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung ist die Schaffung einer Vertretung auch in Fabrikkrankenkassen möglich, und diese Möglichkeit wurde von den organisierten Kollegen nach Kräften ausgenutzt. Die Direktion ließ es sich angelegen sein, für die Aufstellung einer gemeinsamen Liste zu wirken. Doch als unsere Organisationsleitung am Eric Garantien verlangte, daß sie auch entsprechend der Stärke der Organisation Ausschusssvertreter bekomme, wollte man davon nichts mehr wissen. Daraufhin reichten wir eine eigene Liste mit 20 Vertretern und 40 Ersatzleuten ein. Die Christlichen gingen an, wie es nur einmal in ihrer Natur liegt, im Wüten zu fischen. Beim Portier wurde eine Liste aufgelegt, von Abteilung zu Abteilung gelassen und die Arbeiter aufgefordert, sie möchten zum Portier kommen und etwas unterschreiben. Auch einige freiorganisierte fielen auf dieses unheimliche Manöver herein. Als bekannt wurde, um was es sich handelt, ließen diese sich aber sofort wieder streicken. Der Rest, der nun noch übrig blieb, war herzlich gering und die Christen machten Gesichter wie die Bohrer, denen die Helle weggeschwommen sind. Inzwischen erfuhr auch die Direktion von den nachsichtigen einiger Christlicher. Herr Gschäp erklärte, er hätte es nicht geduldet, wenn er davon gewußt. Was würde aber der freiorganisierten passieren, wenn sie sich eine derartige Agitation im Betriebe erlaubt hätten? Warum sie auch glänzlich davon gekommen? Die Direktion gab nun selbst eine Liste heraus. Ein Ausschusssmitglied und Vorarbeiter zierde dieselbe und das sollten nun auf einmal die berufenen Vertreter der Arbeiter im Ausschus der Fabrikkrankenkasse sein. Der jammern bekannte Herr Sieg (nicht Bing) hatte wieder Gelegenheit, sich bei der Direktion in empfehlende Erinnerung zu bringen, daß er der beste Mann im Betriebe sei - in der Vertretung der Interessen der Arbeiter. Mit dem Urteil in der Hand, das in der Angelegenheit der Solinger Christenkrankenkasse gefällt wurde, räumte er, zwei Tage vor der Wahl, von Abteilung zu Abteilung und tief: Seht, so wirksam ist die „Koten“! Herr Sieg scheint gar nicht zu wissen, daß der Hauptbühnenleiter bei den vorgestellten Vertretungen ein Parteifreund von ihm ist, ein Nationalliberaler. So oberheißt sich dieser Mann selber. Bei den Frauen wurde mit großem Eifer vor der Wahl das Gerücht verbreitet, daß, wenn die Koten im Ausschus die Mehrheit erlangten, fünfzig die Kennzeichnungsaktion nicht mehr gewährt wird. Bei der Wahl selbst war noch eine Kontrolle der Stimmgabe möglich, die den ganzen Wahlakt umgänglich macht. Die Organisation gab Stimmgelb heraus, die sämtliche aufgestellten 60 Vertreter enthielt. Die Direktion schrieb nur je einen Namen von den beiden eingereichten Listen heraus und präsentierte dies kleine 8 cm lange und 6 cm breite Zettelchen den Wahlberechtigten als Stimmgelb. Vizepräsident Goldmann, der die Ruberks in die Urne zu stecken hatte, wafferte auch eifrig die Ruberks zwischen seinen Fingern, ob nicht der dicke „rote“ Zettel darin enthalten ist. Und trotz all dieser angewandten Mittel, die nicht immer die saubersten waren, erhielt unsere Liste 163 Stimmen, die Liste der Direktion 169 Stimmen. Von 333 Wahlberechtigten haben 314 gewählt. Nicht man die Kranken und freiwillig Versicherten ab, so kommt eine Wahlbeteiligung heraus, die selten bei einer Ausschuswahl zur Betriebskrankenkasse zu verzeichnen sein wird. Die Helfer der Direktion haben ihre volle Schuldigkeit in Schleppegediensten getan. Unsere Organisation kann stolz sein auf dieses Resultat. Die Vörracher Sozialdemokraten haben sich tapfer geschlagen. Wenn jetzt das Bestreben von der Macht der Organisation in noch weitere Kreise getragen wird, dann ist es bald in noch viel stärkerem Maße möglich, die Interessen der Gesamtbeschäftigten bei Eubach durch dieselbe wahrzunehmen.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäcker:

Aus Jurcht vor unserm Verband beschloß die Bäckerinnung zu Neudenburg, in den Nächten vom 24. bis zum 25. und 26. Dezember, sowie vom 31. Dezember zum 1. Januar 1914 nicht zu baden. Von diesem Beschluß erlitten die Bäckermeister: „Die bisher friedliche Zusammenarbeit zwischen Meister und Gesellen wird ohne Zweifel eine weitere Festigung erfahren und den Verbandsagitatoren den Boden noch mehr entziehen.“ Wir wollen abwarten, ob sich auch die Hoffnungen der Unternehmer erfüllen werden. Soviel uns bekannt ist, gärt und brodelt es auch unter den Neudensburger Kollegen. Die Ansichten werden heute ganz offen ausgesprochen, daß die Bäckermeister freiwillig nichts geben, sondern nur dem Zwange gehorchen handeln. So auch mit den Feiernächten zu Weihnachten und Neujahr. Nur die Jurcht vor dem Anschluß der Kollegen an den Zentralverband war die treibende Kraft des Innungsbeschlusses. Aber auch die Feiernächte mußten sich die Kollegen durch die lange Überarbeit vor den Feiertagen ohne Bezahlung der Überstunden verdienen. Die Gesellenfreundlichkeit der Neudensburger Meister ist nicht weit her.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen würden hier ganz andere sein, wenn die Kollegen gewerkschaftlich organisiert wären. Dann erst lernen die Bäckermeister die Gesellen kennen. Was in anderen Städten des Nordens möglich war, muß auch hier bei geschlossenem Willen der Kollegen erreicht werden, nämlich die richtige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der größte Innungsverband ist der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“ mit 1382 Innungen und 66 092 Mitgliedern, nach einer im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe aufgestellten Statistik für das Jahr 1913. Die Stärke dieser Innungsorganisation ist nicht ohne Hebergenussstreike der Mitglieder zuzuführen, sondern dem geschlossenen Organisationsgange, der in den Innungen zum Ausdruck kommt. Ginge tritt dann noch der in den Innungsorganisationen übliche Zeremonien, durch den die Zahl solcher Arbeitgeber, die in die Innungen getreten werden, als sehr groß zu nennen ist.

Abgesehen davon, muß aber anerkannt werden, daß die Innungsorganisation den Wert einer wirklichen Zentralorganisation kennen und dementsprechend keine Gelegenheit verpassen, die Regierung ihrer Wünsche geüßig zu machen.

Die Geschäftslage kann davon noch vieles lernen. Hier sehen wir eine Zerstückelung, wie sie kaum bei anderen Arbeiterngruppen anzutreffen ist. Neben unserer Organisation die christlich-interkonfessionellen, die Synjo-Darstellungen Gewerkschaften, katholische und evangelische Vereine und in fast allen verkehrsreichen Städten mindestens einen Bergbauverein. So durch diese Zerstückelung die wirtschaftliche Lage noch nicht auf der niedrigsten Stufe steht, dort erheben die selben und erziehen durch ihr Schwanken über die den Innungsorganisationen beliebige Unmöglichkeit unter der Gesellen. Für uns gelten dieselben Grundsätze wie für das Innungsrecht: Nur durch eine einheitliche starke Organisation ist die Verbesserung unserer Lebenshaltung möglich.

Internationales.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

Adresse:

O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).

Adressen der Landeszentralen:

- Amerika. Otto E. Fischer, 212 Bush Temple Chicago, Illinois.
- Argentinien. El Obrero Panadero, Buenos-Aires, Humberto 1.
- Australien. D. Moon, Trades Hall, Sydney.
- Belgien. J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
- Brasilien. Lebensmittelarbeiter-Verband, Teresiacasse 11, Sarajero.
- Dänemark (Bäcker.) Z. Friis, Raadmansgade 40, IV, Kopenhagen.
- (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.) D. Becker, Kl. Kalkbrennervej 29, Kopenhagen.
- Deutschland. O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
- England. Gentry, London SW, Walham Green 30, Haarwood.
- Finnland. Herra K. Lindroos, Suomen Leiparityöseiskäin, Helsingfors, Sirkuskatu 3.
- Frankreich. Syndicat des ouvriers boulangers de la Seine Bourse Central du travail 3 Rue du Chateau d'Or, Paris.
- Italien. G. Arnolini, Florenz, Via S. Egidio 12.
- Kroatien und Slavonien. M. Spitzweg, Zagreb (Agram), Ilica 55 I.
- Niederlande. J. Gondsmitt, Geneslud Straat 8, Amsterdam.
- Norwegen. Johann Nygaard, Youngsgaden 13, III, Kristiania.
- Oesterreich (Bäcker.) Julius Zinner, Wien XIV, Markgraf-Bädiger-Strasse 21, I. Stock.
- (Zuckerbäcker.) M. Achim, Gumpendorferstr. 26, Wien 6.
- Schweden. Anders Sjögstedt, Upplysningsrätt 2 II, Stockholm.
- Schweiz. Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Zürich, Erlengrabenplatz, Volkshaus.
- Spanien. Verband der Mühlen- und Bäckereiarbeiter, Belera 1.
- Ungarn (Bäcker.) Koloman Kardics, Rakoczi-utca 1, Budapest.
- (Zuckerbäcker.) Janos Stranky, Budapest VIII, Rande utzar 3, Szim.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie eventuell als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Das Internationale Sekretariat.
O. Allmann.

Amerika. Die für Newyork und Brooklyn allein in Frage kommenden Verbandsunions sind für die Deutsch sprechenden Bäckereiarbeiter folgende: Bäckereinunion Nr. 1 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Gossweilers Halle, Nr. 240 Ost, 80. Straße, Newyork; Bäckereinunion Nr. 94 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Fuchs' Halle, Nr. 323 West, 58. Straße, Newyork. Es sind uns in letzter Zeit mehrfach Fälle zur Kenntnis gebracht worden, in denen sich nach Amerika ausgewanderte Bäckereiarbeiter an die „unabhängigen“ Unions gewandt haben, mit denen unser amerikanischer Bruderverband in keinerlei Vertragsverhältnis betreffs Austausch der Mitgliedschaft und der damit verbundenen Vergünstigungen mehr steht. Deshalb ist eine Warnung an dieser Stelle am Platze.

Sympathiestreik in Fiume. Im November 1913 stellten die Bäckereiarbeiter infolge Ausbruchs von Differenzen die Arbeit ein. Die Unternehmer verleumdeten die Streikenden bei der Behörde, worauf die Grenzpolizei zwei Kollegen aus Fiume verwies. Dieser Vorgang verursachte eine allgemeine Empörung unter sämtlichen Bäckereiarbeitern, die dazu führte, daß sämtliche Kollegen in den Ausstand traten zur Durchsetzung folgender Forderungen:

1. Die Anklage gegen die beiden Arbeiter soll untersucht werden. Wenn der Arbeitgeber Sirola Oliva beweisen kann, daß er von den ausgewiesenen Streikenden bedroht wurde, so fügen sich die Streikenden in die Ausweisung.
2. Die Nichtorganisierten und Streikbrecher sollen entlassen werden. Für Ersatzarbeiter sorgt die Organisation.
3. Die Arbeitgeber sollen sich verpflichten, in erster Linie nur einheimische und organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Auch von auswärts können nur organisierte Arbeiter eingestellt werden.

Mit den Unternehmern angebahnte Unterhandlungen führten zu keiner Lösung. Als aber die Kollegen Ernst machten und geschlossen die Arbeit niederlegten, da mußten die Arbeitgeber begeben. Der Streik wurde nach kurzer Dauer beendet und die Forderungen der Kollegschaft akzeptiert.

Das brutale Vorgehen der Unternehmer und der Behörde brachte aber noch weiter einen großen Erfolg für die ungarische Zentralorganisation mit sich. Die Kollegen in Fiume, welche bisher in einer Lokalorganisation zusammengeschlossen waren, beschlossen, dem Landesverband beizutreten. So behaupteten sich die Ausbeuter mit der Polizei als diejenigen Kräfte, die Böses wollten, aber Gutes schufen.

Bäckerstreik in Holland. Nach in letzter Stunde eintreffenden Depeschen bürgerlicher Blätter sollen im Haag die Bäcker in den Ausstand getreten sein und die Bewegung so großen Umfang haben, daß bereits Brotmangel eintritt. Wir selbst haben noch keine näheren Nachrichten, ersuchen aber, Zuzug fernzuhalten!

Fortschritte im amerikanischen Bäcker- und Konditorenverband. Dem Bericht der amerikanischen Landeszentrale zu dem erst kürzlich abgehaltenen Gewerkschaftskongress entnehmen wir über die Fortschritte unserer Bruderverorganisation:

Die Bäckereiarbeiter erteilten im Jahre 33 Charter, doch gaben 12 Unions ihren Charter zurück. Der Gesamtgewinn der Mitgliedschaft betrug 3955. Neun Streiks wurden gewonnen und eine zehprozentige Lohnerhöhung sowie Arbeitszeitverkürzung von ein bis zwei Stunden pro Tag wurden infolge dieser Kämpfe errungen. Ohne Streiks waren 190 Lokal-Unions imstande, eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen, bei zehprozentiger Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 30 Minuten bis zu einer Stunde. Davon wurden 15 000 Mitglieder betroffen, während die organisierten Bäcker keine Herabsetzung der Löhne zu beklagen hatten. Die Streiks kosteten dem Verbands 491 Dollar. An Sterbegeld für Mitglieder wurden 975 Dollar ausbezahlt. Die ausbezahlte Krankenunterstützung belief sich während des Jahres auf 33 879 Dollar. Andere Organisationen wurden Unterstützungen zum Betrage von 1674,35 Dollar zuteil. Die Mitglieder errangen ansehnliche Verbesserungen in ihrer Arbeitslage und das Kostensystem beim Meister ist durch die Organisation beinahe völlig abgeschafft worden.

Auch in anderer Beziehung kann die Organisationsleitung von Erfolgen berichten. Seit einigen Jahren wird mit großer Umsicht der Boykott gegen die Brottrübs geführt. In diesem Vorgehen haben unsere Kollegen die gute Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Der Kampf gegen das Großkapital kann noch lange dauern. Bis er auf einem vollen Erfolg für die Organisation beruht wird. Die Fortschritte auf dem Wege zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die zunehmende Macht des Verbandes zeigen aber dahin, daß bei dem großen Ringen gegen den mächtigen Feind zuletzt die verwandten Kollegen siegen werden.

(18) **Die Organisation der Bäcker in Chile** umfaßt 2000 Mitglieder. Sie haben einen Verband mit fünf Sektionen in der Hauptstadt und Abteilungen in den größeren Städten. Er schießt jede Politik streng aus und befaßt sich ausschließlich mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Er hat von jeher in den Kämpfen der Arbeiter an erster Stelle gestanden.

Ein Kongress der belgischen Bäcker

fand am 23. November in Wasmes statt. 50 Delegierte aus folgenden Städten waren anwesend: Gent, Charleroi, Wasmes, Quarégnon, Jemappes, Hornu, Boussu-Centre, Elouges, Wiheries und Paturages. Die Delegierten von Verviers und Antwerpen hatten sich entschuldigt, erklärten sich aber mit der Gründung einer Bäckereizentrale einverstanden. Das Bureau wurde gebildet aus: J. B. Renard Vorsitzender, H. Feijaerts Uebersetzer, E. Geromez, F. van Vlaendoren und E. Thys Schriftführer. Auf der Tagesordnung standen drei wichtige Punkte: 1. Gründung einer Landeszentrale für Bäckereiarbeiter und verwandte Berufsgenossen; 2. Anschluß an die bestehende Nahrungsmittelzentrale; 3. Protest gegen den Bericht des Ministers der Arbeit, betreffend die Untersuchung von Bäckereien und Konditoreien.

Zum ersten Punkt erhielt Kollege van Vlaendoren das Wort. Redner schilderte die Vorteile einer Zentralorganisation; er führte ferner aus, daß der heutige Kongress die Zentrale definitiv beschließen solle, was ja in der Sitzung im Juni laufenden Jahres zu Gent beschlossen sei. Ein Kollege von Jemappes meinte, daß es noch nicht so dringend sei, eine Zentrale zu gründen, die Föderation könne auch gute Dienste leisten; wenn sie nur gestärkt würde, und im Falle eines Kampfes könnten die Kollegen auf ihre Solidarität rechnen. Ein Kollege aus Gent gibt nicht viel auf Solidarität und meinte, die Föderativeinrichtungen seien veraltet und ungenügend. Der Kollege Lallemand sprach gleichfalls gegen die Zentrale. Der Redner ist auch gegen eine Kranken- und Arbeitslosenkasse; man solle warten, bis das neue Gesetz über die Versicherung heraus ist. Feijaerts-Charleroi als Anhänger der Zentralorganisation zeigte auf die Wohltaten hin, die die Metallarbeiter dadurch hätten. Ein Delegierter kritisierte, daß die Brüsseler Kollegen durch Abwesenheit glänzten, noch dazu, da die Brüsseler sich erst für die Zentrale erklärt hätten. Ein Kollege aus Gent führte aus, daß die Brüsseler Kollegen durch ihr Fernbleiben gegen die Gruppen protestieren, die ihre Beiträge nicht regelmäßig bezahlen. Allgemeiner Protest gegen dieses Verhalten; Geromes-Wasmes sagte, daß dies nicht die Ursache wäre, weshalb die Brüsseler Kollegen nicht anwesend sind; sie seien Gegner der Zentrale, denn sie haben auch beinahe einstimmig den Anschluß an die Nahrungsmittelzentrale abgelehnt. Hierauf wurde mit allen Stimmen beschlossen, die Gründung einer Zentrale der Bäcker und verwandten Berufe in die Wege zu leiten.

Zu Punkt 2 wurde einstimmig beschlossen, den Anschluß an den Nahrungsmittelverband abzulehnen. Ein Kollege fragte an, wie die Beiträge und Vorteile gedacht seien. Der Kollege Feijaerts gab hierauf Auskunft über den Entwurf des Reglements, der von den Genter Kollegen ausgearbeitet ist.

Hierauf wurde vom Genter Delegierten vorgeschlagen, daß jede Gruppe für sich untersuchen solle, welche Beiträge ihr am geeignetsten erscheinen, und dann das Resultat so schnell als möglich dem Bundesvorstand einzusenden, der es hierauf sämtlichen Gruppen bekanntgebe; um am 28. Dezember im Volkshaus zu Brüssel beschließen zu können. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Ein Kollege verlangte ferner Aufklärung über den Stand der Bundeskasse. Es wurde ihm erwidert, daß auf der nächsten Versammlung die Kassenverhältnisse klargelegt würden.

Zu Punkt 3, betreffend Untersuchung der Bäckereien durch den Minister, wurde angeführt, daß man in verschiedenen Brotfabriken auf die Kollegen eingewirkt habe und diese somit sich gegen die Abschaffung der Nachtarbeit erklärten. Ein Delegierter aus der Borinage führte an, daß in seiner Gegend eine Untersuchung nicht veranstaltet worden sei. Hierauf wurde eine Protestresolution angenommen. Es sollen ferner Protestversammlungen einberufen und eine neue unparteiische Untersuchung verlangt werden. Damit hatte der Kongress sein Ende erreicht.

Anmerkung des internationalen Sekretärs. Wenn die Festigkeit einer Landesorganisation unserer Kollegen nach der Zahl der Kongresse eines Jahres beurteilt werden könnte, dann müßten unsere belgischen Kollegen die beste und schlagfertigste Organisation von allen Ländern haben; denn im Jahre 1913 haben sie nicht weniger als vier Kongresse abgehalten. Allerdings muß man schon das Gegenteil der obigen Schlussfolgerung betonen, daß nämlich diese Kongresse bisher sehr wenig Ersprießliches geschaffen haben und daß die Organisationsverhältnisse sehr im argen liegen. Die Kollegen der größten Stadt des Landes, Brüssel, waren auf diesem Kongress, über den berichtet wird, nicht zugegen, weil sie Gegner jeder Zentralorganisation sind. Und eine Zentralorganisation ohne die Kollegen in Brüssel bedeutet von vornherein eine Halbheit.

Diese neue Zentralorganisation ist aber auch gegen den wohlwollenen Beschluß der Landeszentrale der Gewerkschaften geschaffen worden; denn diese hat sich dafür entschieden, daß auch die Bäcker sich der „Voedingsijverheid“ (Verband der Lebensmittelarbeiter) anschließen sollen. Diese Organisation umfaßt alle Gruppen der Nahrungsmittelbranchen und sind derselben auch in verschiedenen Städten bereits Bäcker und Konditoren als Mitglieder angeschlossen. Das Internationale Sekretariat unseres Berufes mußte sich nach Untersuchung der ganzen Verhältnisse in Belgien dafür entscheiden, daß als zuständige Organisation für unsere Berufskollegen nur der Verband der Lebensmittelarbeiter in Frage kommen kann. Es ist das eine junge aufstrebende Organisation, deren Leitung in sehr fähigen Händen liegt.

Dagegen sind die Fachvereine der Bäcker in den verschiedenen Städten, welche in Wasmes durch ihre Delegierten beschlossen haben, sich einen besonderen Zentralverband zu schaffen, fast nur aus den in Konsumbäckereien arbeitenden Kollegen gebildete Vereine mit niedrigen Beiträgen. Diese Vereine sind fast ausnahmslos gegen jedwede Unterstützungseinrichtung selbstverständlich auch gegen zu diesem Zwecke notwendige höhere Beiträge.

Bei früheren Gelegenheiten erklärten die Führer dieser Vereine wiederholt, daß man keine Ursache habe, die Kollegen aus andern Bäckereien zu organisieren — denen wäre wegen ihrer traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Organisation gerade am dringendsten notwendig —, denn wenn man diese Kollegen mit in die Organisation bekomme, müßten Unterstützungseinrichtungen geschaffen und dazu die Beiträge erhöht werden, was nicht im Interesse der Konsumbäcker liegen sollte.

Das, was der gesamten Kollegenschaft am allernützlichsten Nutzen bringen kann, ist also in Belgien unter unsern Kollegen zur Tatsache geworden: Absonderung der bestehenden Fachvereine als nur Konsumbäcker-Vereine von der übrigen Kollegenschaft und von der in dem Zentralkomitee der Gewerkschaften Belgiens vertretenen allgemeinen belgischen Gewerkschaftsbewegung.

Es ist dieser Zustand bedauerlich, aber solange sich nicht in den Reihen dieser Fachvereine Kollegen ändern, die etwas mehr Sinn für die Interessen der Allgemeinheit haben, wird auch kaum eine durchgreifende Besserung zu erwarten sein.

Vom Ausland nach Belgien kommende Verbandsmitglieder werden sich der zuständigen Organisation „Voedingsnijverheid“ anschließen!

Sozialpolitisches.

Warnung vor der irreführenden Reklame der öffentlichen Lebensversicherung. Unter dieser unwürdevollen Überschrift veröffentlicht die „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ in ihrer Nr. 45 eine zusammenfassende, sachliche Widerlegung der mehr als tendenziösen und falschen Behauptungen des von dem Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Übersee ausgebenen von Exemplaren in Deutschland verbreiteten „Samstagsblattes“. Das genannte Blatt sagt nach dieser Einführung:

Die weitesten Kreise des Publikums, deren materielle Interessen mit der vorliegenden Frage aufs engste verknüpft sind, haben ein unbedingtes Recht auf Aufklärung über Behauptungen, die bis auf jedes einzelne Wort zielbewußt darauf berechnet sind, das Publikum über die wirklichen Verhältnisse hinwegzuführen und die teilweise recht zweifelhafte Sache der „Deutschen“ in dem vollkommensten Lichte erscheinen zu lassen.

Diese schwerwiegenden Vorwürfe werden dann in dem hier ausführlichen Artikel eingehend begründet mit einer Beweisführung, die es dem Leser der „Deutschen“ unweigerlich macht, dagegen aufzukommen. Die finanzielle Unzulänglichkeit und unehrliche Propaganda der „Deutschen“ ist nach diesen Darlegungen demnach, daß ihr Vater, der Herr Generallandwirtschaftsminister, allen Grund hat, gegenüber der Volkspflege mit ihren weit überlegenen, klaren und überprüflichen Einwendungen lächeln zu können.

Aber die Versicherer ist am bedenklichsten und gefährlichsten die mangelnde finanzielle Sicherheit, die bei den „Deutschen“ sich durch die mehr als zweifelhafte Finanzabrechnung dieser Anstalten zeigt. Diese finanzielle Unsicherheit ist bei den dem Kaiserlichen Auftrage unterstehenden Gesellschaften ausgeschlossen. Bei ihnen muß das gesamte Grundkapital in seinem vollen Betrage in die Bilanz eingestellt werden, darf vor Veräußerung des sonst noch verfügbaren Fonds nicht angeschlossen werden und gilt als Garantie zur Deckung der Verbindlichkeiten. Anders ist das bei den öffentlichen Anstalten, die nicht dem Kaiserlichen Auftrage, sondern dem preussischen Ministerium unterstehen. Wie die „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ schreibt, beträgt ihr Stammkapital nur je eine Million Mark.

Man braucht nicht mit diesem vollen Betrage, sondern mit immer nur dem jeweiligen Kurswert in den Kassieren nachgewiesen zu werden und kann außerdem noch zu Gründungs-, Einrichtungs- und Betriebszwecken Verwendung finden. Diese eigenartigen Besorgnisse haben schon zu der höchst bedenklichen und für die Versicherer äußerst beschämenden Konsequenz geführt, daß das in dem Ansatze ausgewiesene Stamm- und Garantiekapital von je einer Million Mark Ende 1912 bereits auf nur 63 p. Ct. also auf nicht ganz zwei Drittel seines ursprünglichen Wertes herabgesunken ist!

Wozu mit Recht sagt das „Blatt sein Urteil über die Wirtschaft in folgendem Satze zusammen: „Wenn man angesichts derartiger Tatsachen im Zusammenhang mit der Darstellung der Anstalten die Kapitalunterlagen der öffentlichen Lebensversicherung unter Einbeziehung eines Aktienkapitals von 3 Millionen Mark (von der „Deutschen“ mit 9 Millionen Mark angibt, dann greift das geradezu an ein freies Spiel mit dem unteren Glauben eines nicht unterrichteten Publikums.“

Es ist bei dieser Situation kein Wunder, daß der wahre Charakter der „Deutschen“ in immer weiteren Kreisen erkannt wird als der einer rein politisch-agrarischen Organisation. So gibt auch ein Sachmann in der „Berliner Zeitung“ (Nr. 10) die „Deutschen“ folgendes Urteil ab: „Die Sozialisten wie die Essentia-Verbindlichen sind zu werden und bekanntlich die Wert des preussischen Agrarierums und eigene erreicht zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Mission. Sie haben in den ersten in erster Reihe agrarische Lebensversicherungsanstalten zu errichten und bei ihnen kein Leben verbrennen, reich, gleichzeitig, deren Interessenpolitik fördern.“

Dem größten Teil des deutschen Volkes liegt aber begreiflicherweise alles andere mehr am Herzen als das! Mit der fortschreitenden Aufklärung der Bevölkerung über das wahre Wesen der Sozialisten vom politischen Standpunkt aus bricht sich naturgemäß in allen andern Berufskreisen, also bei den Städtlern sowohl als bei der kleinen Bevölkerung des platten Landes, mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß sie durch Lebensversicherungsnahme bei den Sozialisten eine ihren eigenen Interessen feindliche Politik betreiben würden.“

Da die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl genügend politischen Scharfblick haben, um den agrarischen Charakter der „Deutschen“ ebenso zu erkennen wie den privatkapitalistischen der „Deutschen Volk“, sind sie darüber nicht im Zweifel, daß sie die von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Volkspflege als die Gesellschaft zu betrachten haben, bei der sie sich und die Ihrigen beschützen und für deren Ausbreitung und Stärkung sie zu arbeiten verpflichtet sind.

(18) Das neue Fabrikgesetz in der Schweiz. Das neue Fabrikgesetz in der Schweiz bringt die Neunundfünfzigstundenvoche, also täglich zehn Stunden und Samstags neun Stunden, gesetzliche Maximalarbeitszeit, für Betriebe, die den Samstagmittag freigegeben, die tägliche Arbeitszeit von zehneinhalb Stunden mit siebenjähriger Uebergangsfrist bis zur Einführung des Neunstundentages. Nach sieben Jahren wird die sechsundfünzigstündige Arbeitswoche, je zehn Stunden die ersten fünf Wochentage und sechsundfünfzig Stunden Samstags, das gesetzliche Maximum sein, wenigstens für Industrien mit Frauenarbeit. Weiter bringt das Gesetz die Erhöhung des Eintrittsalters für Arbeiterinnen auf fünfzehn Jahre und für den Schutz von Frauen und Jugendlichen einige Beschränkungen. Endlich wird die Möglichkeit von obligatorischen Schlichtungsgerichten und die absolute Unentgeltlichkeit sämtlicher Zivilprozesse zwischen Fabrikanten und Arbeitern geschaffen.

Spätestens am 3. Januar ist der 2. Wochenbeitrag für 1914 (4. bis 10. Januar) fällig.

Zwecks Einschränkung des Alkoholvertriebs in Fabriken hat der schweizerische Bundesrat mit 103 gegen 7 Stimmen und unter Zustimmung der Vertreter der Arbeiterschaft Bestimmungen erlassen. Sie sind in dem neuen Fabrikgesetz enthalten und gehen dahin, daß in Anstalten, die von Unternehmern für Internat und Verpflegung der Arbeiter geschaffen werden, alkohohaltige Getränke nur zu den Mahlzeiten und nur an volljährige Arbeiter abgegeben werden dürfen. Während der Arbeit darf überhaupt kein Alkohol verabreicht werden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zum Bankverkehr der Gewerkschaften. Die Deutsche Bank hat beabsichtigt einen Anstellten, der für den Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten agitatorisch wirkte und als Beauftragter seiner Kollegen der Direktion die Wünsche der Angestellten unterbreitete, gemahrigt. Dieser Vorgang hat das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße wachgerufen.

Die Verbände, durch Maßregelungen die Privatangehörigen einzuschließen und sie zum Verzicht auf das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht zu veranlassen, sind in neuerer Zeit immer häufiger geworden. Ein freies Koalitionsrecht ist aber die wichtigste und unerlässliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um eine bessere Lebenshaltung und die Freiheit der Persönlichkeit. Alle Arbeitnehmer, ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Ansichten, haben in dieser Frage das gleiche Interesse.

Die deutschen Gewerkschaften haben den Kampf um ein freies Koalitionsrecht stets mit allen Kräften geführt. Es ist fast das bedrohte Koalitionsrecht zu sichern, waren sie stets zur Stelle. Es war also selbstverständlich, daß die Generalkommission als Vertretung der gewerkschaftlichen Zentralverbände dem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank gegenüber nicht untätig bleiben durfte. Ein erheblicher Teil der gewerkschaftlichen Organisationen steht mit der Deutschen Bank in Geschäftsverbindung. Diese Verbindung kann natürlich nicht aufrechterhalten werden, wenn die Deutsche Bank auf ihrem koalitionsfeindlichen Standpunkt beharrt. Um hierüber Aufklärung zu schaffen, hat die Generalkommission mit der Deutschen Bank verhandelt. Es fand eine längere Aussprache zwischen Vertretern der Generalkommission und zwei Direktoren der Deutschen Bank statt, die aber zu keinem für die Gewerkschaften befriedigenden Resultat führte.

Die Vertreter der Deutschen Bank verneinten zwar wiederholt, daß die Bank nicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu beeinträchtigen, sie konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine ausreichende schriftliche Erklärung hinsichtlich der Sicherung des Koalitionsrechts abzugeben.

Verschiedene andere Banken bemühten sich um die Aussöhnung mit den Gewerkschaften. Diese kann natürlich nur solchen Instituten zugewandt werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß das Koalitionsrecht der Angestellten nicht angefaßt wird und dementsprechende Erklärungen abgeben. Dies ist von mehreren Großbanken gegenüber der Generalkommission beziehungsweise dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten geschehen.

Es können nunmehr folgende Banken empfohlen werden: Berliner Handelsgesellschaft, Berlin W. S., Lehmanns & Co., Mitteldeutsche Creditbank, Savaiahäuser'scher Bankverein. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in Zukunft diese Banken bei der Anlage ihrer Gelder bevorzugen.

Der weitere Bankentwurf die Dresdener Bank, die Geneser, und Diskontobank und die Diskonto Gesellschaft

haben Erklärungen der oben bezeichneten Art nicht abgegeben. Nach Angabe des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten sind aber in diesen Instituten den Angestellten bisher keinerlei Schwierigkeiten hinsichtlich der organisatorischen Betätigung gemacht worden.

Eine fachtechnische Zeitschrift für Textilarbeiter.

Die Zentralverbände betrachten es als eine ihrer Aufgaben mit, auch für die fachtechnische Fortbildung ihrer Mitglieder zu wirken. In den Gewerkschaftsblättern erschienen hier und da fachtechnische Artikel, oder es wurden den Zeitungen zu bestimmten Zeiten fachtechnische Beilagen beigegeben. Einige Verbände gingen in den letzten Jahren weiter, sie schufen gesonderte fachtechnische Zeitschriften, unter denen die der Holzarbeiter in Form und Inhalt wohl die vollkommenste ist. Jetzt ist auch der Textilarbeiterverband diesem Beispiel gefolgt. Mit dem 1. Januar 1914 gibt er eine fachtechnische Zeitschrift heraus, die monatlich erscheint, zwölf große Quartseiten Umfang hat und 20 J kostet. Gerade im Textilgewerbe mit seiner den Konsumtenansprüchen angepaßten, sehr vereinfachten Fabrikationsart ist eine gute technische Ausbildung des Arbeiters und der Arbeiterin und eine genaue Kenntnis der oft komplizierten Maschinenysteme durchaus vonnöten. Zwar fehlte es auch in der Textilindustrie bisher nicht an Fachliteratur, aber sie ist für den Arbeiter zu teuer, vielfach auch zu schwer verständlich, so daß aus ihr wenig oder gar keine Nutzenwendung für den praktischen Teil des Arbeitsprozesses gewonnen werden kann. Die vom Textilarbeiterverbande herausgegebene Zeitschrift, die „Textil-Praxis“, wird es deshalb als ihre Aufgabe betrachten, bei billigen Preisen in leichtverständlicher Form die praktischen Erfahrungen, die beim Produktionsprozeß gesammelt werden, den Textilarbeitern und -arbeiterinnen zur Nutzenwendung zu bringen; sie will über die Mängel bei der Verarbeitung und Vorbereitung des Materials über das fehlerhafte Bedienen beziehungsweise Funktionieren der Maschinen unterrichten; auch der Materiallehre, die besonders in der Textilindustrie eine große Rolle spielt, soll in der Zeitschrift Raum gewährt werden; es soll gezeigt werden, welche Eigenschaften die Rohmaterialien besitzen und wie diese Eigenschaften beachtet werden müssen, um eine gute Verarbeitung und vorteilhafte Verwendung zu ermöglichen.

Für die Arbeiterinnen.

(18) Arbeiterinnenbewegung. Eine Arbeiterinnenleitung der Gewerkschaften in Victoria forderte gleiche Bezahlung für beide Geschlechter. Wöchnerinnen- und Kinderzuschuss durch das Gesetz. — Die Arbeiterinnen in Sydney brachten durch einen „Bait“ 20 000 für die Schwärzung eines Arbeitertagesbuches auf. — Am 25. Januar 1914 findet in Zürich ein Delegiertentag des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes statt, der unter anderem über den Fortbestand der Organisation in der jetzigen Form Beschlüsse fassen soll.

Gewerkschaftliches.

Das Tarifausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 13. Dezember 1913 in Hamburg eine Sitzung im Sitzungszimmer der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ab. Anwesend waren als Vertreter der Genossenschaften die Herren A. von Elm, Heinrich Kaufmann, F. Kieger, G. Lorenz und Dr. Aug. Müller, als Vertreter der Gewerkschaften die Herren Dreher, Simpel, Freitag und Laufs und als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Herr Bauer.

Zum ersten Male hatte das Tarifausschuss über einen Streitfall zu entscheiden, der einen Tarif betraf, den eine andere Gewerkschaft als die der Bäcker und Transportarbeiter abgeschlossen hatte. Der Zentralverband der Handlungsgesellschaften hatte gegen eine Genossenschaft Klage erhoben, weil diese sich weigerte, für zwei Konditionen einen Höchstlohn anzuerkennen, wie er nach Ansicht der Klagenden Partei tariflich festgelegt war. Tatsächlich war seitens der betreffenden Genossenschaft im Jahre 1910 ein Tarif abgeschlossen worden, in dem zwei Handlungsgesellschaften ein höherer Tariflohn zugesichert war als in einem späteren Tarif, der im Jahre 1913 vereinbart worden ist. Die Genossenschaft glaubte nun, auf Grund der Uebergangsbestimmungen im neuen Tarif sei sie berechtigt, auch den beiden Handlungsgesellschaften, die auf Grund des alten Tarifs angestellt worden waren, den Höchstlohn zu kürzen. Das Tarifausschuss entschied aber gegen die betreffende Genossenschaft.

Zu der Verhandlung über diesen Punkt war als Vertreter des Handlungsgesellensverbandes Herr Urban erschienen. Die genossenschaftlichen Mitglieder des Tarifausschusses waren durch das stellvertretende Mitglied Herrn Berger vertreten.

In einer Genossenschaft war ein Arbeiter mit besonderen Funktionen betraut worden und hatte auch infolgedessen einen etwas höheren Lohn erhalten. Seine Mitarbeiter hielten das für unbillig und verlangten, daß eine Lohnzulage, die einem Mannem gewährt werde, auch für alle andern eintreten müsse. Das Tarifausschuss entschied einstimmig, daß diese Auffassung der Arbeiter unbillig sei. Die Genossenschaften haben das Recht, für besondere Funktionen auch besondere Entschädigungen zu gewähren. Verpflichtet sind sie nur, den Tariflohn zu zahlen. Sie sind darüber hinaus die Arbeiter entschöpfen wollen, in ihre eigene Angelegenheit. Insbesondere kann nicht verlangt werden, daß eine Zulage, die einem Arbeiter gewährt wird, weil er besondere Aufgaben zu erfüllen hat, auch ohne weiteres allen andern Arbeitern gewährt werden müsse.

Die andern behandelten Gegenstände bieten kein allgemeines Interesse. Zum Schluß behandelte das Tarifausschuss eine Zeit und Ort der Verhandlungen zur Erneuerung der bestehenden Tarife, die bekanntlich am 31. Juli 1914 ablaufen. Es wurde dabei beschlossen, die Verhandlungen über die neuen Tarife in Hamburg stattfinden zu lassen, und Ende Januar oder Anfang Februar damit zu beginnen. Es wird zunächst verhandelt

